

# Rückschlag für Seeuferinitiative

**Ausufernde Kantonsratsdebatte** Muss der Kanton bis in 25 Jahren einen durchgehenden Spazierweg entlang des Zürichseeufers realisieren?

Helene Arnet

Die jüngste Debatte über die Seeuferwege hat im Kantonsrat einen ganzen Morgen gedauert. Über vierzig Voten sind abgegeben worden. Überraschend waren wenige, und am Schluss standen sich die beiden Meinungen genauso unverrückbar gegenüber wie am Anfang. Es ging hauptsächlich um zwei Forderungen, die laut der Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» neu in die Verfassung geschrieben werden sollten:

1. Die Uferwege an See und Flüssen sollen «in der Regel am Land und möglichst nahe am Ufer» geführt werden. Dabei sei dem Natur- und Landschaftsschutz Sorge zu tragen, und die Ufer seien ökologisch aufzuwerten.

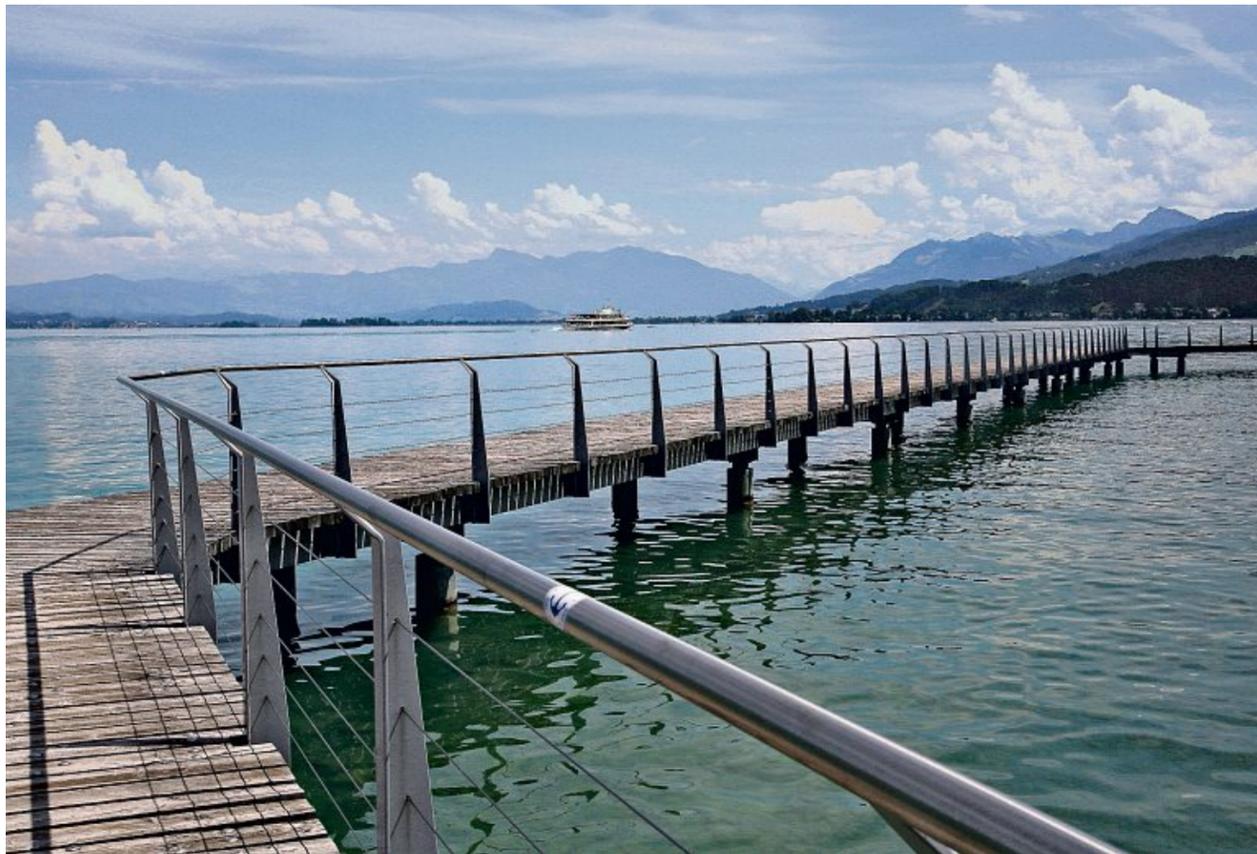
2. Am Zürichsee soll auf Kantonsgebiet bis 2050 ein durchgehender Uferweg realisiert sein. Kosten zulasten des Kantons und des Strassenfonds, die Gemeinden werden nicht zur Kasse gebeten.

## Die Konfliktpunkte

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) fasste als Präsidentin der vorberatenden Kommission die Konfliktpunkte zusammen: Stiften diese Initiative mehr Naturschutz, oder schadet sie der Natur? Verletzt sie das Eigentumsrecht oder nicht? Kann sich der Kanton das leisten? Und sind bereits genügend Projekte zur Erweiterung des Seeuferwegs in der Pipeline? Ihr Fazit: Die Meinungen unterscheiden sich fundamental.

Julia Gerber Rüegg vom Initiativkomitee sass zwischen 1994 und 2014 im Kantonsrat. Damals für die SP, später trat sie aus der Partei aus. Sie trat im Kantonsrat an, um die Initiative vorzustellen, und musste sich gegen den immer wiederkehrenden Vorwurf wehren, die Volksinitiative sei eine Zwängerei. Sie betonte: Man wolle lediglich das auf Bundesebene verankerte Recht auf freien Zugang zu den See- und Flussufern.

Der Vorwurf der «klassenkämpferischen Zwängerei» gründete darin, dass der Kanton seit zehn Jahren dazu verpflichtet ist, jährlich sechs Millionen Franken in den Bau von Seeuferwegen zu investieren. «Es geht vorwärts



Für den Seeuferweg zwischen Wädenswil-Giessen und Richterswil wurden Stege gebaut und Ufer aufgeschüttet. Archivfoto: Sabine Rock

mit den Uferwegen», versicherte die Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) in der Debatte gestern Morgen. Bis 2050 alle Lücken zu schliessen, sei aber eine übertriebene Forderung. Das sei nicht bezahlbar und überdies mit den vorhandenen Ressourcen nicht machbar. Die Regierungsrätin sprach dabei von einer extern ermittelten Kostenschätzung, die sich auf über eine halbe Milliarde Franken beläuft. Eine Zahl, die verschiedentlich bezweifelt wurde: Gerber Rüegg sprach von «Zahlen aus dem Basar» und ist überzeugt, dass die im Strassenfonds vorgesehenen Mittel reichen würden.

In der Diskussion wurden ebenso Allgemeinplätze wie blumige Metaphern verwendet. Manche Seebuben kamen ins Schwärmen, Seemädchen malten den Teufel an die Wand. Einige Zitate, auf die Fraktionen verteilt:

— **SVP: Punktuell verbessern**  
SVP-Kantonalpräsident Domenik Ledergerber (Herrliberg) sprach von einer «klassenkämpferischen Zwängerei». Danach wechselte der bekennende Fussballfan für einmal die Sportart und riet zu einem «Dreisprung». Erster Schritt: Volksinitiative wuchtig ablehnen, zweiter Schritt: Seeuferweg punktuell verbessern und bestehende Stücke aufwerten, dritter Schritt: Geld für dringlichere Projekte ausgeben, wie etwa Schulhäuser.

Für Anita Borer (Uster) rüttelt die Initiative an den «Grundfesten unseres Rechtsstaates» und stellt einen «Frontalangriff auf die Eigentumsrechte» dar.

— **SP: Gegen Littering-Alarm**  
Rafael Mörgeli (Stäfa) warnte davor, sich von den Nebelpetarden der Gegner in die Irre führen zu lassen. Diese führten nämlich ins Feld, dass mehr Menschen am See

auch mehr Littering bedeuteten, und zögen daraus den Schluss, dass ein Seeuferweg der Natur mehr schade als nütze. «Als es im Rat wirklich um Littering ging, sprach die SVP von Ausländerinnen und Ausländern», erinnerte Rafael Mörgeli.

Auch Felix Hoesch liess das Szenario, dass mehr Menschen am See auch mehr Abfall am Ufer bedeuteten, nicht gelten: «Wir wollen einen Spazierweg und keinen gewaltigen Spielplatz.» Die Kostenschätzung des Regierungsrates bezeichnete Jonas Erni (Wädenswil) als «politisch gefärbte Fake News aus der Volkswirtschaftsdirektion».

— **FDP: «Neiddebatte»**  
Sonja Rueff-Frenkel (Zürich) brachte einen Begriff in die Debatte ein, der danach mehrfach wieder aufgenommen wurde: «Das ist eine reine Neiddebatte. Sie gönnen

es den Bewohnern nicht, dass sie direkt am See wohnen dürfen.»

Ihr grundsätzliches Thema war der Angriff auf das Privateigentum, das beschnitten würde, wenn der Weg über Anwesen am See führen würde. Laut Jonas Erni (SP) wird die grosse Öffentlichkeit zugunsten einer kleinen Minderheit enteignet.

— **Grüne: Im Schnecken tempo vorwärts**

«Jede Schnecke im Garten kommt schneller vorwärts als der Seeuferweg», behauptete Edith Häusler (Kilchberg). Thomas Schweizer (Hedingen) verwies darauf, dass viele aktuelle Ufernutzungen ökologisch wertlos seien. Er sprach von überdüngten Rasenflächen und versiegelten Flächen. Auf den Trottoirs entlang der Seestrasse würden überdies 611 Parkplätze den Spazierenden den Platz streitig machen.

— **GLP: Zwischen den Polen**  
Die Grünliberalen stellten einen Gegenvorschlag zur Diskussion, der – so fand Andreas Hasler (Illnau-Effretikon) – vom gesunden Menschenverstand diktiert wurde und zwischen den beiden Polen lag – «also dort, wo die Grünliberalen sind». Dieser legte den Fokus auf den Natur- und Landschaftsschutz, hält aber auch fest, dass auf das Privateigentum angemessene Rücksicht zu nehmen sei. Er fand in keiner anderen Fraktion Support, was Cristina Cortellini (Dietlikon) frustrierte: «So haben wir an der Urne nur die Wahl zwischen Pest und Cholera.» Die GLP entschied sich deshalb für Stimmfreigabe.

— **Die Mitte: Mehr Menschen, mehr Lärm**

Das Anliegen töne sehr verlockend, fand Marzena Kopp (Meilen). Doch handle es sich um eine «Mogelpackung». Sie warnte davor, dass «Menschenmassen sich am See ausbreiten»: «Je mehr Menschen, desto mehr Lärm und Littering.»

— **EVP: Der politische Wille**  
Eigentlich seien die nötigen Grundlagen vorhanden, gab Tobias Mani (Wädenswil) den Gegnern der Initiative recht. «Was aber fehlt, ist der politische Wille.» In den letzten Jahren sei jährlich der Grossteil der für Seeuferwege gebundenen sechs Millionen nicht eingesetzt worden.

— **AL: Freie Sicht**  
Judith Stofer (Dübendorf) wandelte den Slogan der 1980er-Bewegung «Freie Sicht aufs Mittelmeer» auf «Freie Sicht auf den Zürichsee» ab. Dazu müssten Hecken und Mauern fallen, hinter denen sich Privatpersonen am Ufer abschotteten. Die Bürgerlichen würden einer «fundamentalistischen Definition von Eigentum rund um den Zürichsee» frönen.

**Die Abstimmung**  
Es ging lediglich darum, ob der Kantonsrat – wie der Regierungsrat – dem Stimmvolk empfiehlt, die Volksinitiative an der Urne abzulehnen. Das tat er mit 97 zu 74 Stimmen. Knapp die Hälfte der GLP stimmte für die Initiative.

## Wieso soll Frau Müller aus Winterthur den Seeuferweg finanzieren?

**Interview mit Uferweg-Initiantin** Der Kantonsrat empfiehlt, die Uferinitiative abzulehnen. Julia Gerber Rüegg hat dieses Resultat erwartet.

**Frau Gerber Rüegg, der Kantonsrat hat sich gestern dagegen ausgesprochen, Ihre Uferweginitiative zu unterstützen. Wieso hat es nicht gereicht?**

Ich habe dieses Resultat leider erwartet. Offenbar will das Parlament – wie auch der Regierungsrat – beim Bau von neuen Wegabschnitten nicht vorwärts machen. Das mag auch an Kantonsräten liegen, die mit den Grundeigentümern gut vernetzt sind. Aber unser Ziel war es von Anfang an, das Stimmvolk über die Initiative abstimmen zu lassen. Und ich bin sicher, dass die geschürten Emotionen der Gegner die Öffentlichkeit bei der Volksabstimmung am 3. März 2024 nicht überzeugen werden.



Julia Gerber Rüegg

**Einen gemässigten Alternativvorschlag der GLP hat der Kantonsrat zwar abgelehnt, er zeigt aber, dass Ihre Initiative auch manchen Mitte-Parteien zu radikal ist. Ist die Initiative im Kantonsrat auch gescheitert, weil sie den Kompromiss zu wenig sucht?**

Es ist nicht mehr die Zeit für Kompromisse. Einen solchen sind wir 2014 eingegangen, als wir unsere erste Initiative zugunsten eines Gegenvorschlags des Regierungsrates zurück-

gezogen haben. Seither spricht die Regierung jedes Jahr 6 Millionen Franken für den Bau von Uferwegen, passiert ist aber nichts. Wenn wir in die Verfassung schreiben, dass der Weg bis 2050 gebaut werden muss, schaffen wir zeitliche Klarheit. Wenn wir Kompromisse suchen, schaffen wir gar nichts. Wir haben einen Verfassungstext vorgelegt, der klar ist und Spielräume offenlässt. Der Vorwurf, dass wir unser Anliegen mit der Brechstange durchsetzen wollen, entbehrt jeder Grundlage.

**Den Abstimmungskampf müssen Sie nun ohne Rückenwind des Parlaments führen. Wie wollen Sie die Stimmberechtigten trotzdem überzeugen?**

Was heisst trotzdem? Wir waren letzte Woche am Slow-up. Dort hätten wir die Abstimmung gewonnen, die Leute haben uns zugejubelt. Dass die Bevölkerung hinter einem Uferweg steht, zeigte sich auch 2005, als Wädenswil und Richterswil den Bau des dortigen Uferwegs deutlich annahmen.

**Sie müssen auch die Menschen abseits des Zürichsees erreichen. Wie wollen Sie Frau Müller aus Winterthur erklären, dass sie künftig den Uferweg in einer reichen Seegemeinde finanzieren muss?**

Indem wir mit diesen Menschen sprechen. In Winterthur waren wir erst kürzlich an einer Veranstaltung, und wir waren überrascht, wie positiv die Menschen auf die Initiative reagiert haben.

Dort wird bald der Brüttener Tunnel gebaut, der die Töss tangiert. Unsere Initiative schützt das Tössufer vor dem Bau ebenfalls. Ein anderes Beispiel: Der Greifensee und der Pfäffikersee haben beide einen durchgehenden Uferweg und sind heute völlig von Erholungssuchenden überlaufen. Deshalb brauchen wir am Zürichsee mehr Uferwege, um Alternativen zu schaffen. Der Abstimmungskampf wird für uns als kleiner Verein mit beschränkten Mitteln aber sicher kein Spaziergang.

**Was würde ein Volks-Nein für Ihren Kampf für einen durchgehenden Uferweg bedeuten?**  
Wenn es gelingt, haben wir einen klaren rechtlichen Rahmen ge-

schaffen. Wenn nicht, wird es in den nächsten Jahren sicher keinen Schub für neue Wegprojekte geben. Aber auch ein Nein ändert nichts an den bestehenden Eigentumsverhältnissen am Zürichsee, und auch der Auftrag im Strassengesetz, einen durchgehenden Weg zu bauen, besteht noch immer. Wenn wir verlieren, wird die nächste Generation das Thema wieder aufnehmen.

**Daniel Hitz**

Julia Gerber Rüegg ist Präsidentin des Initiativkomitees, das für einen durchgehenden Uferweg am Zürichsee kämpft. Die 66-Jährige wuchs in Uerikon auf und wohnt in Wädenswil. Sie sass 20 Jahre lang für die SP im Kantonsrat. 2015 trat sie aus der Partei aus.